

AUF EIN WORT

Mauerfälle

In diesen Tagen feiert man zu Recht den 20. Jahrestag des Falles „der Mauer“. Dem Pastor aus Leipzig, den ich im Radio erzählen höre, geht das Herz über. Es war ein Wunder, findet er, ist überzeugt, dass Gott hier im Spiel war. Und enttäuscht ist er - bei aller Freude, bei allem Glauben - auch: Seine Landsleute - die alten und die neuen - hätten sich dieses Wunders als nicht würdig erwiesen.

Und ich denke an die neu erbaute, penibel verbesserte Mauer an der Grenze zwischen den Vereinigten Staaten, „Gods own country“ also, und Mexiko. Und ich erinnere mich an die gemischten „Ausgesperrt-Eingesperrt“ - Gefühle auf der Fahrt mit dem Fahrrad von Tel Aviv nach Jerusalem hinauf, zwischen den Mauern, die die Angst Israels zu den Palästinensern hin aufrichtet. Und auch die Mauern, die den Vatikanstaat umgeben kommen mir in den Sinn, wen oder was auch immer sie ein- oder ausgrenzen mögen. Und jene unsichtbaren, aber sehr, sehr festgefügt und spürbaren inneren 'Mauern', die Menschenleben durchziehen oder jene, die zwischen Religionen und Konfessionen et cetera verlaufen, in vielen Jahrhunderten oft aus- und nachgebessert und immer auch aufgeschreckt durch das vernehmliche und ungute Bröselgeräusch - vielleicht?

Wann, frage ich mich, die leise Trauer des Pastors aus dem Radio wie einen dünnen Faden aufnehmend, wann haben sich die Menschen wirklich der Wunder Gottes würdig erwiesen? - Richtige Antwort? - Naja, vor 20 Jahren, in Deutschland, hat er alle ausge-trickt und klar gemacht, wie's gehen könnte. Odr?



WALTER BUDER

kirchenblatt@kath-kirche-vorarlberg.at

Anlässlich der Regierungsbildung im Oktober 2009

Offener Brief an die Vorarlberger Landesregierung und den Vorarlberger Landtag

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann!
Sehr geehrter Herr Landesstatthalter!
Geschätzte Damen und Herren Landesrätinnen und Landesräte!
Geschätzte Frau Landtagspräsidentin und Damen und Herren Abgeordnete zum Vorarlberger Landtag!

Vorab gratulieren wir Ihnen zu Ihrer Wahl und Bestellung und wünschen Ihnen für Ihre große Aufgabe in dieser bewegten Zeit Gottes Segen.

Als gesellschaftspolitische Plattform der Katholischen Kirche Vorarlberg wollen wir am Beginn der Legislaturperiode vier offene Fragen markieren, von denen wir meinen, dass sie in den kommenden Jahren die Menschen in unserem Land nachhaltig beschäftigen werden. Selbstverständlich gibt es daneben noch viele andere wichtige Themen für die politische Arbeit. Wir heben diese vier Themen hervor, weil wir sie als besondere Herausforderungen sehen.

Die Form eines offenen Briefes wählen wir, weil uns an einem öffentlichen Diskurs zu

diesen Fragen gelegen ist und weil wir in diesem Diskurs bestimmte inhaltliche Perspektiven stärken wollen. Wenn wir uns mit diesem Brief an alle Abgeordneten wenden, dann tun wir das aus Respekt gegenüber unserer parlamentarischen Demokratie und weil wir damit deutlich machen wollen, dass es uns nicht um Parteipolitik geht, sondern um die Sache und um das Gespräch über die Parteigrenzen hinweg.

Erstens das Thema Existenzsicherung: Ist es nicht an der Zeit, durch die Einführung einer existenzsichernden Mindestsicherung und eines erhöhten Mindestlohns jedem Menschen eine angemessene materielle Existenzsicherheit zu gewährleisten?

Sie haben Ihren Auftrag zu einer Zeit übernommen, die geprägt ist durch die globale Wirtschaftskrise. Insbesondere im Umfeld der wachsenden Arbeitslosigkeit wird für immer mehr Menschen Armut zu einer realen Bedrohung. Steht nicht dringend die Einführung einer existenzsichernden Mindestsicherung an? Dabei muss für Vorarlberg beachtet werden, dass die Lebenshaltungskosten über denen der meisten anderen Bundesländer liegen. Es darf für die Betroffenen keine Verschlechterung gegenüber dem derzeitigen System geben.

Wir meinen, dass in diesem Zusammenhang auch das Thema eines erhöhten Mindestlohns diskutiert werden muss. Es braucht Rahmenbedingungen, innerhalb derer sich Leistung lohnt und es gleichzeitig Menschen, die aus welchen Gründen auch immer diese Leistungen nicht erbringen können, ermöglicht wird, ein würdiges Leben führen zu können.

Vorarlberg kann zu Recht auf viele soziale Errungenschaften stolz sein. Dieser Weg soll im Sinne des sozialen Friedens weiterverfolgt werden. Das wird nur auf der Basis solidarischer Grundwerte möglich sein.

Zweitens die Integrationsthematik: Braucht es nicht ein klareres Bekenntnis zu Vorarlberg als Heimat für alle hier lebenden Menschen, verbunden mit dem Willen,



die damit einhergehenden Herausforderungen unter aktiver Beteiligung aller Betroffenen zu bewältigen?

Wir sehen, dass bezüglich der Integration von Menschen mit migrantischem Hintergrund in unserem Land bereits viel passiert, wissen aber auch, dass es noch vermehrter Anstrengungen bedarf. Und zwar von allen Seiten, denn Integration nimmt alle Beteiligten in die Pflicht.

Selbstverständlich gibt es Situationen und Herausforderungen, die Angst machen: Tendenzen in Richtung einer „Gesellschaft innerhalb der Gesellschaft“, die Frage nach religiösen Symbolen im öffentlichen Raum, mangelnde Sprachkenntnis, schwierige Konstellationen in den Schulen etc. Diese Probleme gilt es zu sehen und zu benennen, aber eben so, dass dadurch nicht der Wille und die Kraft zerstört werden, miteinander zu leben und die Herausforderungen zu bewältigen.

Wir kennen alle neben den Problemen auch die Erfahrung, dass Integration gelingen kann und dass es gut und bereichernd ist, mit Menschen unterschiedlicher Herkunft zusammenzuleben. Diese guten Erfahrungen werden durch populistisch vereinfachte und deshalb falsche Antworten und Forderungen sehr schnell desavouiert und verschüttet. Nie und nimmer darf es sein, dass Menschen nicht mehr als Menschen gesehen werden.

Das Thema nimmt alle öffentlichen Meinungsbildner/innen in die Pflicht, denn ein Klima des Respekts vor allen Menschen muss immer wieder neu hervorgebracht und gestützt werden. Dass Vorarlberg Heimat für alle Menschen sein soll, die hier leben wollen, muss von den politisch Verantwortlichen auch immer wieder begründet und erklärt werden.

Und muss das Thema nicht auch näher und vor allem anders zu den Menschen gebracht werden, indem die Herausforderungen im Lebensraum vor Ort bearbeitet werden? Dort muss die Diskussion und Auseinandersetzung geführt werden, dort müssen die Ängste und auch die Lösungsbilder Platz bekommen, und dort muss erfahrbar werden, dass es möglich und letztlich sogar bereichernd ist, mit den Nachbarn, die kulturell und religiös anders geprägt sind, zusammenzuleben. Solche Prozesse benötigen Ressourcen und Begleitung. Wir sehen das Thema auch für die kirchliche Arbeit als sehr bedeutsam an und werden selbstverständlich das Unsrige beitragen: über unsere pfarrlichen Netzwerke; im Bereich der Sozialarbeit; durch Expertisen; durch Lehr-

gänge zur Entwicklung interkultureller und interreligiöser Kompetenzen; in der Elternbildungsarbeit; durch das Schaffen von religiösen Begegnungsräumen usw.

Drittens die globalen Herausforderungen: Tun wir genug um zu verhindern, dass weltweit alle fünf Sekunden ein Kind an Hunger und unzureichenden Lebensbedingungen stirbt?

Diese Frage stellt sich auch für unser kleines Land Vorarlberg. Im heutigen „global village“ sind wir alle einander Nachbar/innen geworden. Wie wir in Vorarlberg leben, betrifft viele Menschen in anderen Teilen der Erde. Wenn heute weltweit mehr als eine Milliarde Menschen hungern, wenn wir zulassen, dass alle fünf Sekunden ein Kind stirbt, weil es keine Lebensmöglichkeiten vorfindet, dann ist das ein Unrecht, das für jedes zivilisierte Land ein Stachel sein muss.

Wenn die Strukturen des globalen Agrarmarktes und Spekulationsgeschäfte den Bäuerinnen und Bauern in den Ländern des Südens - dort geht es um das nackte Überleben - und zunehmend auch bei uns die Lebensgrundlage entziehen, dann ist das ein krankes und verwerfliches System. Wenn unser Lebensstil und dessen Folgen (Klimawandel etc.) anderen Menschen ihren Lebensraum entziehen, dann können wir nicht mehr einfach zur innenpolitischen Tagesordnung übergehen.

Die Unterstützung des Global Marshall Planes durch das Land Vorarlberg sehen wir als sehr wertvolles Signal. Wir bitten Sie, diesem mutigen Entschluss jetzt konsequent zu folgen. Selbstverständlich sehen wir auch die kirchlichen Einrichtungen in der Pflicht, ihr Engagement in diesem Bereich fortzuführen und zu intensivieren: durch die Projekte in der Katastrophenhilfe und Entwicklungszusammenarbeit (Dreikönigsaktion, Missio, Caritas-Auslandshilfe, Bruder und Schwester in Not, Frauenbewegung, Leprahilfe, Initiativen vieler Ordensgemeinschaften etc.); durch die öffentliche Diskussion (Ethik-Forum, Tage der Utopie, etc.); durch Netzwerke zur Stärkung eines verantworteten und fairen Lebensstils etc.

Viertens der Umgang mit unserer Vergangenheit: Braucht es nicht zur Bewältigung gegenwärtiger Probleme eine breiter angelegte Aufarbeitung unserer jüngeren Geschichte?

65 Jahre nach den Gräueln des Zweiten Weltkriegs und der menschenverachtenden Ideologie des Nationalsozialismus ist es immer

noch oder gerade wieder möglich, die alten Vorurteile zu bedienen. Mechanismen der öffentlichen Markierung und Ausgrenzung Einzelner und ganzer Gruppen sind und bleiben auch heute eine stete Versuchung. Sind solche Entwicklungen angesichts unserer Geschichte mit dem Nationalsozialismus nicht der Auftrag, eine aktive öffentliche Kultur des Erinnerns der Täter- und Opfergeschichten dieser Zeit zu gestalten und diese insbesondere unseren jungen Menschen zu erschließen? Wir bitten Sie, alle Bemühungen in diese Richtung zu unterstützen.

Unsere Vergangenheit ist ein schweres Erbe, aber auch die Chance zu lernen, um heute allen Ausgrenzungsmechanismen in den Anfängen kompromisslos entgegenzutreten. Wir brauchen für die anstehenden Herausforderungen eine politische Kultur, die Menschen ermutigt, die Gesellschaft mit- und füreinander und nicht gegeneinander oder auf Kosten anderer zu gestalten. Auch in diesem Anliegen werden die kirchlichen Einrichtungen gerne ihren Beitrag leisten: in der öffentlichen Meinungsbildung, in der Erwachsenenbildung, im Religionsunterricht, in der Jugendarbeit. Das Thema berührt den Kern des Christlichen: die Erinnerung an die Ausgrenzung und den Tod Jesu und an seine Auferstehung, die den Weg der Versöhnung über Täter- und Opfergrenzen hinweg eröffnet hat.

In diesem Sinne wünschen wir Ihnen nochmals Gottes Segen und verbleiben mit freundlichen Grüßen

Walter Schmolly, Pastoralamtsleiter

Peter Klinger, Caritasdirektor

Josef Kittinger, Leiter BH St. Arbogast

Christian Kopf, Leiter BH Batschuns

Karoline Artner, Werk der Frohbotschaft

Herbert Nussbaumer, Katholische Männerbewegung

Michael Willam, Leiter des EthikCenters

Für die Gesellschaftspolitische Plattform der Katholischen Kirche

► www.kirchenblatt.at